



Nachrichten

Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Liebe Leser,

jede der drei Georgsmarienhütter Parteien hat nun ihr eigenes Blättchen: Nach "Stadt im Werden" (CDU) und "Georgsmarienhütte im Gespräch" (SPD) gibt es nun also auch die "UWG - NACHRICHTEN". Vielleicht denken Sie jetzt: Nun hat sich die kleinste der Parteien, die außerdem auch noch auf dem letzten Listenplatz steht, nun auch noch den klanglosesten Zeitungsnamen ausgesucht. Naja, möglicherweise verzeihen Sie uns das, wenn Sie die nachfolgenden Berichte, Meinungen und Illustrationen etwas interessanter finden.

Folgendes haben wir Ihnen da zu bieten:

- Entstehungsgeschichte der UWG ...
- Die UWG stellt sich vor ...
- Zu den Hauptforderungen der Wählergemeinschaft ...
- Verkehrssituation an der Wellendorfer Straße ...
- Neues vom Teckelhagen ...
- Neue Autobahn im Osten der Stadt ...
- Bürgermeister Siepelmeyer wirbt für die UWG ...
- Verlegung der B 51 in Oesede/Süd ...
- Zur Verkehrssituation in Holzhausen ...
- Kurzinformationen ...
- Kommentare ...
- Meinungen
- und ein wenig "gelbes vom Ei" ...

Warum UWG ?

Der Anstoß zur Gründung unserer Wählergemeinschaft sowie deren erste Mitglieder kamen von verschiedenen Gmhütter Bürgerinitiativen (gegen die Verlegung der B 51 durch den Musenberg; gegen den Bau des Stadtringes unterhalb des Schulzentrums; gegen einen Freizeitpark in Kloster Oesede). Nach mehreren Treffen zwischen diesen Gruppen kamen wir zu der Überzeugung, daß Bürgerinitiativen zwar durch gute Aktionen viele Bürger auf negative Planungen aufmerksam machen könnten. Aber was würde das alles nutzen, wenn man kaum einen Ratsherren für die genannten Anliegen gewinnen könne und CDU/SPD/Verwaltung ohnehin fast immer einer Meinung seien.

Ob es eine für Sie interessante Zusammenstellung geworden ist, können wir von der UWG jetzt noch nicht sagen. Dies ist ja erst die Nummer eins, und es gibt noch keine Leserschriften. Wir würden uns aber sehr freuen, wenn Sie uns ihre Meinung zu den "UWG - NACHRICHTEN" mitteilen oder auch ganze Beiträge zu der nächsten Ausgabe schreiben würden. Dann könnte sie vielleicht sogar ein kleines Bürgerforum werden, welches insbesondere auch kritischen Meinungen die Möglichkeit zur Veröffentlichung bietet.

Sie erhalten diese die "UWG - NACHRICHTEN" gratis ins Haus gebracht. Denn wir können leider nicht auf Parteikassen zurückgreifen. Bei uns muß alles aus eigener Tasche bezahlt werden - Unabhängigkeit fordert ihren Preis! Wenn Sie deswegen unsere Arbeit unterstützen möchten, würden wir uns sehr freuen (KrsspK. Gmhütte Kto.Nr. 3 320 587). Aber viel wichtiger als Geld ist natürlich ideelle Unterstützung: Die Kommunalwahl am 27. September steht bevor. Das werden Sie sicherlich auch in dieser Nummer zwischen den Zeilen herauslesen. Und wenn auch Sie meinen, in die Gmhütter Verhältnisse müßte endlich etwas frischer Wind gebracht werden, dann diskutieren Sie doch mal mit Ihren Bekannten, ob das nicht am ehesten mit unserer UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT (UWG) klappen könnte.

Wir wünschen der Diskussion einen lebhaften Verlauf!

Ihre UWG

Wir haben deswegen den einzigen Ausweg darin, zu versuchen, einige unabhängige Vertreter in den Rat zu bekommen, die es sich zur Hauptaufgabe machen sollten, für die Wünsche der Bürger ein offenes Ohr zu haben - und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Viele unserer Mitglieder bekamen zwar mehrere Angebote von Seiten der CDU, bei ihr zu kandidieren. Wir befürchteten aber, daß es der CDU nicht darum ging, sich unserer Anliegen anzunehmen, sondern um einen Stimmenverlust zu verhindern.

Nach unserer Auffassung sollte es jedoch in der Kommunalpolitik nicht um Parteiinteressen gehen, sondern um das Gesamtinteresse der Bürger. So haben wir uns auch nicht einer anderen Partei angeschlossen, wie den Grünen oder der FDP (obwohl auch die FDP ein

sehr großes Interesse daran hatte, zusammen mit uns anzutreten).

Wir entschlossen uns also, völlig unabhängig zu bleiben, uns in unserer Arbeit allein auf die Probleme unserer Stadt zu beschränken, dabei aber nicht einseitig zu sein, sondern ein ausführliches Programm zu allen Bereichen der Gmhütter Kommunalpolitik auszuarbeiten.

Als die UWG am 5. Mai dieses Jahres mit dem vorläufigen Grundsatzprogramm und einer ordnungsgemäßen Satzung gegründet wurde, traten sogleich mehr als 30 Mitglieder neu ein.

Die ersten drei Monate unseres Bestehens haben unseren Kurs voll bestätigt: Wir erhielten sehr viel Ermutigung aus der Bevölkerung, den angefangenen Weg fortzusetzen; unsere Versammlungen waren sehr gut besucht und unsere Mitgliederzahl verdoppelte sich inzwischen.

DIE UWG KURZ VORGESTELLT . . .

Gründungstag: 5. Mai 1981

Mitgliederzahl: über 60

Grundsatzprogramm: umfaßt 17 Seiten und ist bei den Vorstandsmitgliedern (s.u.) bzw. auf unserem Infostand zu erhalten, der jeden Freitag auf dem Oeseder Markt zu finden ist.

Kurzprogramm: enthält die wichtigsten Aussagen zu allen Bereichen der Gmhütter Kommunalpolitik sowie die Adressen jeweils einer Kontaktperson aus jedem der 6 Stadtteile und eine Kandidaten-Kurzvorstellung. Es liegt ebenfalls auf unserem Infostand aus, müßte aber schon in alle Haushalte verteilt sein.

Satzung: beschreibt den Rahmen der Arbeit der UWG; bei jedem Mitglied erhältlich.

Beitritt: Bei uns kann jeder Mitglied werden, der unser Programm unterstützt und die Satzung anerkennt

Vorstand: Angela Niemeyer; Wolfgang Springmeyer; Jürgen Grotegut; Heinrich Bartelt; Dieter Görbing.

Jahresbeitrag: kann jedes Mitglied für sich selbst festlegen. Richtwert für Erwachsene: 30 DM, für Jugendliche: 15 DM.

Kontonummer: Nr. 3 320 587 bei der Kreissparkasse Gmhütte

Anschrift der Redaktion:

Heinrich Bartelt, Gmhütte - Kl.Oesede, Piepenbrink 6

Warum die drei Hauptforderungen der UWG

für...



...mehr Rücksicht auf die Wünsche der Bürger

Bei vielen größeren Projekten in unserer Stadt haben sich Politiker und Verwaltung nicht oder nur erst sehr spät um die Meinung der Betroffenen gekümmert (A 33, B 51, Stadtring, Freizeitpark, Teckelhagen). Eingaben und Anträge an die Stadt wurden nicht, verzögert oder nicht mit dem nötigen Ernst bearbeitet (Antrag Ampel Wellendorfer Straße verschiedene Verkehrsberuhigungsinitiativen, Anfragen und Auskunftsgeuche bei bestimmten Problemlagen wurden häufig ungenau und lückenhaft beantwortet. Die Stadtentwicklung wurde von oben herab geplant, statt den Bürger aktiv zu beteiligen. Das muß anders werden, weil wir uns sonst in unserer eigenen Stadt nicht wiedererkennen!



...bessere Lebens- und Umweltqualität

Gmhütte nennt sich zwar "Stadt im Grünen". Viele Maßnahmen der letzten Jahre aber haben diesen Charakter immer mehr beschnitten. Und durch die geplanten Projekte wird das noch stärker der Fall sein (A 33, B 51, Stadtring, Teckelhagen, Unterbauerschenschaft, ...). Immer mehr erkennen wir, daß sich durch unnötige Abholzungen, durch zu starke Betonierung der Landschaft, durch unnötige und zu breite Straßen, durch einseitige Bevorzugung des Autoverkehrs und mangelnde Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen u.a. auch unsere eigenen Wohn- und Lebensbedingungen verschlechtern. Wir dürfen nicht erst wach werden, wenn auch vor unserer eigenen Tür solch schädigende Vorhaben geplant sind.



...eine dritte Kraft in Georgsmarienhütte

CDU/SPD und Verwaltung haben mit vielen gemeinsamen Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg regiert. Diese Entscheidungen sind aber vorher in den Köpfen von wenigen Politikern der CDU ausgebrütet worden. In dieser Situation fühlen sich viele Bürger von ihren Vertretern alleingelassen und sagen: "Die machen ja sowieso, was sie wollen." Es fehlt eine 3. Kraft, die die Wünsche der Bürger wieder in den Stadtrat bringt, die auch Mut hat, den Leuten in der Stadtverwaltung "auf die Finger zu sehen". Das haben wir unabhängige Bürger, die wir uns in der Wählergemeinschaft zusammengeschlossen haben, uns fest vorgenommen.

CDU/Verwaltung/SPD zeigen sich jetzt im Wahlkampf zwar von der besten Seite, geben begangene Fehler in der Zeitung und sogar im Fernsehen zu und versuchen, sie wettzumachen. Was aber kommt nach der Wahl? Wenn Sie sicher gehen wollen, daß es nicht nur bei den Worten bleibt, daß auch tatsächlich frischer Wind ins Rathaus kommt, und wenn Sie unsere 3 Hauptforderungen unterstützen, dann wählen Sie 3 mal UWG!

Betrifft: Verkehrssituation Wellendorfer Straße



Die Wellendorfer Straße (WS) wurde 1973/74 in den heutigen, breiten Ausbauzustand gebracht. 1975 stellte der damalige Elternratsvorsitzende der Dröperschule den ersten Antrag an die Stadt u.a. mit der Forderung, eine Ampel an der Kreuzung bei Heuer aufzustellen. Die Ampel wurde abgelehnt mit folgenden Begründungen: 1. keine 3 gleichartigen Unfälle pro Jahr und 2. zu wenige Verkehrsbewegungen pro Stunde.

1976/77 passierten dann drei tödliche Unfälle in Höhe Heuer und ein Kind wurde schwer verletzt. Weitere Unfälle ereigneten sich am Ortsausgang Dröper in Richtung Oesede, hauptsächlich wegen überhöhter Geschwindigkeit. Bei weiteren Unfällen gab es Verletzte, außerdem umgefahrene Laternen, Bäume und Mauern.

1980/81 erfolgte ein Schriftverkehr der Dröperschule mit Stadt und Kreis in gleicher Sache. Wieder wurde die Aufstellung einer Ampel nicht genehmigt - mit der gleichen Begründung wie in früheren Jahren. Jetzt aber wurden Schilder auf die Straße gemalt ("Kinder"); diese Zeichen sind inzwischen über der Straße angebracht worden; auch die Verkehrswacht stellte Pappschilder auf.

Im Januar dieses Jahres brachte die NOZ einen Bericht über die Verkehrsverhältnisse auf der WS. Im März fand eine Unterschriftenaktion statt, in der sich von 1000 Dröperanern 400 Bürger für die Forderung der Dröperschule nach einer Ampel und nach baulichen Änderungen zur Verkehrsberuhigung auf der WS aussprachen. Auf ein Ende des Schuljahres an die Parteien des Kreises und der Stadt erfolgtes Schreiben antworteten Kreis- und Stadt-SPD, die Kreis-FDP und die UWG fristgemäß und sagten der Dröperschule eine Unterstützung ihrer Bemühungen zu. Keine Reaktion aber zeigten die CDU des Kreises und unserer Stadt!

Zu Beginn dieses Schuljahres wurden die Unterschriften an die Stadtverwaltung übergeben. Stadtdirektor Wolfes aber vermag sich nicht zu entscheiden. Stattdessen soll der Antrag in einem Gremium (bestehend aus den Verkehrsexperten der Stadt und des Kreises, aus Eltern und der Schulleitung) "demnächst" beraten werden ...

Heiner Zöllner

Was wird nun mit Teckelhagen?

Für alle, die es noch nicht wissen: Der Teckelhagen ist eine Straße in einem bisher vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebiet, welches oberhalb des Hakenesch- und Menkhausfeldes in Oesede - Süd liegt und nach dem Willen der Gmhütter CDU mit ca. 60 Einfamilienhäusern bebaut werden soll. Dagegen hat sich seitens der Altanlieger ein starker Widerstand ergeben.

Die gesamte Geschichte der geplanten Bebauung begann mit einem rechtswidrigen Akt: Bauer Menkhaus wollte seinen Boden für das heutige Menkhausfeld nur verkaufen, wenn ihm sein Grundstück am Teckelhagen, auf dem

die Reste eines abgebrannten Kottens stehen, ebenfalls mitabgekauft würde. Dies ist im Vertrag mit dem Stephanswerk geschehen. Damit ist dem Stephanswerk aber die Bebauungsmöglichkeit Teckelhagen zu einem Zeitpunkt signalisiert worden, als ein gültiger Bebauungsplan für dieses Gebiet überhaupt noch nicht vorlag.

Überhaupt erfuhren die direkt betroffenen Altanlieger von der Bebauungsabsicht offiziell erst am 25. Mai durch einen Aushang im Schaukasten. Noch ein halbes Jahr zuvor hatte Bürgermeister Siepelmeyer in einer öffentlichen Sitzung bei Dröge die Frage eines Anliegers genau gegenteilig beantwortet. Seine Taktik erläuterte der Bürgermeister neulich in einer Unterredung mir gegenüber so: Man könne Bauabsichten nicht so früh bekannt machen. Erst müsse der Handel mit den großen Grundstückseigentümern perfekt sein - der Rest erledige sich dann "von selber".

Eine Bebauung des Teckelhagen wurde inzwischen vom Kreisnaturschutzbeauftragten Prof. Hartmann deutlich kritisiert: Eine naturgegebene Baugebietsgrenze sei bereits mit der Bebauung des Menkhausfeldes übergangen worden.

Inzwischen haben die Anwohner des Teckelhagen mehrere Initiativen unternommen: Alle Anwohner - mit Ausnahme des Ratsherrn Bußmann - trugen sich in eine Liste gegen die Bebauungsabsichten der CDU ein. Diese Unterschriftenaktion wurde inzwischen auf die ganze Stadt ausgedehnt; zahlreiche Gespräche mit Politikern sind erfolgt (siehe unten); Zeitungsberichte wurden ausgearbeitet; in einer Versammlung, bei der auch Gäste aus den umliegenden Siedlungen anwesend waren, entschloß man sich, den begonnenen Weg der Interessensvertretung weiterzugehen. Ein Altanlieger formulierte seine Einstellung so: Ich bin zwar langjähriges Mitglied der CDU, aber wir kommen nur weiter, wenn die CDU ihre Mehrheit verliert.

Und hier noch einige Äußerungen, die CDU - Politiker in den letzten Wochen mir gegenüber getan haben:



Ratsherr Karl Bußmann: "Ich verstehe die Unruhe nicht, es ist doch noch nichts beschlossen."

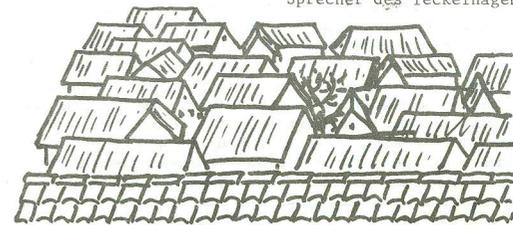
Ratsherr Heinz Herkenhoff: "Ihr könnt sowieso nichts mehr machen."

Ratsherr Heinz Lunte: "Es gibt schon etwa 50 Bewerber für einen Bauplatz am Teckelhagen."

Bürgermeister Siepelmeyer: "Mir ist noch kein Bewerber für einen Bauplatz am Teckelhagen bekannt."

Telefonische Auskunft des Stephanswerkes: "Sie können ab Frühjahr 82 ein Grundstück bekommen zu Quadratmeterpreisen von 110 DM aufwärts, zuzüglich 35 DM Erschließungsgebühr."

Helmut Westerbusch
Sprecher des Teckelhagen



Autobahn im Osten der „Stadt im Grünen“

Die größte Frage zwischen Osnabrück und Paderborn ist derzeit: Kann der Bau der Autobahn 33 noch verhindert werden? - Die Antwort der Gmhütter CDU/SPD lautet: Nein. Aber noch immer ist das Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen. In Gmhütte Holsten Mündrup haben sich sechs betroffene Familien zu einer Prozeßgemeinschaft zusammengeschlossen, um den Autobahneubau gerichtlich zu verhindern.

Nach Meinung der Betroffenen wird hier von den Behörden mit aller Macht vorgegangen, ohne die Sachargumente der Autobahngegner wirklich ernst zu nehmen. Zu Beginn dieses Jahres erklärte Bundesverkehrsminister Hauff, alle noch nicht gebauten Autobahnen sollten in ihrer Notwendigkeit noch einmal überprüft werden. Nun ist das Straßenneubauamt bestrebt, möglichst bald mit dem Bau zumindestens einer Brücke in Holsten Mündrup zu beginnen, um die A 33 in diesem Planfeststellungsabschnitt (von Buddenkotte bis Helling) als begonnen deklarieren zu können.

Von den Bürgerinitiativen zwischen Osnabrück und Paderborn wurde am 23.6. in Zusammenarbeit mit einem Stuttgarter Ingenieurbüro eine Verkehrszählung durchgeführt, deren Ergebnisse in Kürze veröffentlicht werden. Man kann aber heute schon sagen, daß die zwischen Harderberg und Dissen ermittelten Werte weit unter den Zahlen liegen, die für den Neubau einer Autobahn erforderlich sind.

Obwohl es auch in der Gmhütter CDU mehrere Ratsherren und sogar einen Ortsverband gibt, die sich gegen die A 33 aussprechen, stimmten CDU/SPD geschlossen für ihren Neubau, ohne sich mit der Sache ausreichend befassen zu haben. Holsten Mündrup liegt eben am Stadtrand. Dort gibt es nicht viel Wählerstimmen und was interessiert unseren Stadtrat die Landwirtschaft ...

Nach Meinung der UWG ist die Autobahn unnötig, finanziell nicht vertretbar und zerstört wiederum einen größeren Teil unserer "Stadt im Grünen" (mindestens 30 ha auf Gmhütter Gebiet). Der Wähler sollte sich an die von Ministerin Breuel gegebene Zusage halten, nach der die Landesregierung neuen Straßenbau dort nicht mehr durchführen werde, wo sich durch Wahlen andere Mehrheitsverhältnisse ergäben.

Hans-Jürgen Heggemann
Heinrich Bartelt

Bürgermeister Siepelmeyer wirbt für die UWG...

Am 10. Juli war Bürgermeister Siepelmeyer zu Gast in der Talkshow "III nach 9" des norddeutschen 3. Programms. Unerwarteterweise wurden dort von den Moderatoren auch sehr kritische Fragen gestellt, die die Gmhütter Kommunalpolitik betrafen. Da diese Passagen sehr interessant sind, wollen wir einige Auszüge aus der Sendung hier abdrucken. Da der Text etwas dazu reizt, ihn zu kommentieren, haben wir uns erlaubt, in Klammern einige humorvoll-bissige Bemerkungen anzufügen. Das sei uns erlaubt, denn "wir wollen keine Muffel sein", wie es Bürgermeister Siepelmeyer einmal so schön formuliert hat (Stadt im Werden Nr. 74).

Der folgende Text ist also mit Ausnahme der Klammern original. Kürzungen sind durch drei Punkte kenntlich gemacht. Ein vollständiges Videoband, eine Tonkassette und eine Mitschrift der Sendung können bei der UWG ausgeliehen werden. (Moderator K.H.Wocker = W; Bürgermeister Siepelmeyer = S).



W ... Sie sind seit 16 Jahren Bürgermeister. Sie sind so eine Art König in Ihrer Gemeinde. .. Aber so ein Bürgermeister ... ist so der Rest der Monarchie in unserer Republik.

S Ja, es macht mir auch Spaß (Aha!).
W Sie fühlen eine unsichtbare Krone auf Ihrem Haupte?
S Das darf ich nicht so laut sagen (er meint es also doch wohl), 27.9. ist Wahl.

W ... Jetzt wollen wir mal mit der Wahlpropaganda anfangen: Wenn Sie von einem Menschen, der eine große Firma hat und der plant, in Gmhütte ein Zweigwerk zu errichten, .. empfangen würden und der würde Ihnen 1 Minute geben, um zu sagen, warum er gerade nach Gmhütte gehen soll, .. würden Sie ... mal?
S ... Ich würde also sagen ...: Sie haben sich sicher schon bei anderen Gemeinden ..beworben. Und was Sie da auf den Tisch bekommen haben, waren Stoße von Formularen. Sie mußten Vorschriften einhalten, es mußte ein Bebauungsplan gemacht werden. Das können Sie bei uns alles vergessen (Aha!). Wenn Sie bei uns sagen: Da möchte ich hin! Ich hab einen Betrieb mit soundsovielen Arbeitsplätzen, dann geh ich zur Verwaltung, wir haben da einen sehr guten Mann, ...der bekommt das auf den Tisch. Dann können Sie nach 14 Tagen wiederkommen, dann ist das Ding gelaufen. - Der kommt! (Hough, der König hat gesprochen)

W ...Nachdem Sie nun eine Minute zugunsten von ... te geredet haben, wären Sie auch so fair, eine Minute zugunsten der Unabhängigen Wählergemeinschaft von Gmhütte zu reden?
S Dabei gehe ich davon aus, daß das ... nichts nützt. (Na, warten wir mal ab ...)

W Ja, okay.
S Das erste Mal tritt in Gmhütte eine neue ... Partei auf, die Unabhängige Wählergemeinschaft. Das Emblem sagt es schon, man hat es mit den Grünen zu tun (allein nach Farbe und Worten geurteilt, ist die CDU in dieser Vorwahlzeit die eigentliche grüne Partei). Wir nennen uns "Stadt im Grünen", und da ist vielleicht auch ein bißchen gesündigt in der letzten Zeit (sag bloß!). Ich meine, es wäre gut, wenn das Gewissen der Ratsherren mal von neuem angestachelt würde (wir auch). Wenn wirklich mal frisches Blut käme (na, na, nicht gleich Blut, frischer Wind tut auch). Wenn man wirklich mal sagen könnte: Ihr alten Böcke da, ihr habt das und das und das und das (Übertreibung, ein "und das" zuviel) verkehrt gemacht. Und das sieht man - wir Leute im Rat sehen vielleicht manchmal den Wald vor lauter Bäume nicht

4

(wenn es so weiter geht, sehen sie den Wald vor lauter Kahlschläge nicht) - das sieht man von außen sicherlich viel mehr, viel neutraler. Deswegen sollte man das wirklich mal versuchen mit einer Unabhängigen Wählergemeinschaft! (Ludwig, wir danken dir!)

W Ja, die Vorwürfe sind ja, Sie holzen den Teutoburger Wald ab. Sie verlegen die Bundesstraße mitten durch den Wald, wo sie nicht hingehört. Und dann kommt natürlich auch der berühmte Vorwurf, der Notar Siepelmeyer macht Geschäfte, die ihm der Bürgermeister Siepelmeyer zuführt (hat sich das schon so weit rumgesprochen?). Ist das, was man so die Filzokratie in der Kommunalpolitik nennt?

S Ja, jetzt weiß ich nicht, was das Abholzen der Bäume mit dem Notar zu tun hat? (O, er hats schon vergessen...)

W Ich zählte das mal alles so hintereinander auf.
S Ja, dann will ich mal vorne bei dem ersten ...

W Kommen Sie bitte auch zu hinten (Wocker bleibt hart).
S ... Ja hoffe ich, daß die Sendezeit dann vorbei ist (warte nicht, es wär so interessant). ... Sicherlich muß man, wenn man ein Haus bauen will und da, wo der Bauplatz ist, steht ein Baum (in der Osterheide waren es ein paar mehr), muß man den Baum abschlagen. Das fällt mir auch schwer, daß man bei der Ausweisung von Baugebieten Bäume abschlagen muß ... (Na, beim letzten Thema war die Zeit dann wirklich zuende, schade).

Verlegung der B 51 gestorben?

Unter obiger Überschrift erschien am 25.4. dieses Jahres ein Artikel in der NOZ, demzufolge der SPD-Fraktionsvorsitzende Stahlmann erklärt hatte, daß die Verlegung der B 51 gestorben und diesbezüglich in den nächsten zehn Jahren nicht mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Im gleichen Artikel hieß es aber auch, daß das Osnabrücker Straßenbauamt von einer Aufgabe der Planungen "absolut nichts wisse".

Aufgrund dieser widersprüchlichen Aussagen bemühte sich die Bürgerinitiative "Stadt im Grünen/ Teutoburger Wald", die sich gegen die Verlegung ausspricht, bei den Gmhütter Ratsfraktionen und dem Bundesverkehrsministerium um konkretere Informationen. Im Antwortschreiben auf einen offenen Brief der Bürgerinitiative teilten CDU wie SPD mit, daß sie weiterhin für die Verlegung einträten - wenn auch unter bestimmten Bedingungen. Die Antwort des Bundesverkehrsministeriums ist denkbar allgemein aus: Die noch anstehenden Beratungen über die Verlegung der B 51 würden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Aus dem Niedersächsischen Verkehrsministerium ist aber bekannt, daß die Verlegung weiterhin für sehr dringend gehalten wird.

So bleibt die Vermutung, daß die beiden Ratsparteien CDU/SPD das "heiße" Eisen der Verlegung der B 51, wenn sie von "gestorben" reden, nur ruhig über die Wahlkampfzeit bringen wollen - aus Angst vor Stimmenverlusten.

Jürgen Heinze



Zur Verkehrssituation in Holzhausen

Besondere Beachtung sollte in Holzhausen dem Fahrzeugverkehr in den Wohn-, vor allem in den Neubaugebieten geschenkt werden. Die Verbindungsstraßen zu den Hauptstraßen: Kreuzstraße, Ludwig Wolker Straße und Im Loh dürfen keine Rennstrecken werden. Dieser Zustand zeichnet sich schon heute ab, obwohl die vorgenannten Straßen z.T. noch nicht ausgebaut sind.

Bevor neue Parkplätze bzw. Parkstreifen angelegt werden, sollte man überprüfen, ob die bestehenden Parkmöglichkeiten in der Nähe ausgenutzt sind. Es ist eine Raum- und Geldverschwendung, Parkplätze zu schaffen, wenn in 50 bis 100 m Entfernung Parkmöglichkeiten kaum genutzt sind. In der Vergangenheit ist es geschehen, daß Anlieger ihre Grundstücke zur Schaffung eines Parkstreifens bescheiden mußten, der Parkstreifen dann aber kaum genutzt wurde.

Im Bereich der Sparkasse sollte unbedingt noch ein Fußgängerüberweg über die Sutthäuser Straße angelegt werden. Diese Stelle wird vor allem von vielen Kindern aus dem Wohngebiet überquert, die zur Schule oder zum Kindergarten gehen; ganz abgesehen von Kirch- und Spaziergängern, die das Naherholungsgebiet von Holzhausen am Boberg und Friedhof aufsuchen.

Angela Niemyer



Verwaltungsverfügung gegen Verkehrsberuhigung
Georgsmarienhütte. Die Anlieger der Straße „Im Loh“ in Holzhausen wollten keine Kontroverse, sondern Verkehrsberuhigung, und sie wollten auf ihr Problem mit dem Rekord bis zu 70 und 80 km/h ihre Straße als Abkürzung zwischen Hasbergen und Georgsmarienhütte benutzt. Deshalb haben sie ihre Selbsthilfaktion - seit dem Wochenende die Hinweise „30 km/h“ die Straße. Jetzt haben sie die Kontrolle: „Verunreinigung“ war das für die Stadt Georgsmarienhütte, eine Gefährdung für Kraftfahrer, Fußgänger und Kinder, der, der per Verwaltungsverfügung Einhalt geboten werden mußte.

Zu lesen war's in unserem Konkurrenzblättchen...

"Stadt im Werden" (StiW) Nr.44 zum Jahresende 1975:

Unter der Überschrift "Rückblick und Ausblick" steht: "Am wenigsten geschehen ist in Alt-Gmhütte, sieht man einmal davon ab, daß die Sanierung des Krankenhauses inzwischen über 30 Mill. DM ... verschlungen hat ... Die Lage sollte nicht überraschen: Es war geradezu ein Programmpunkt des Zusammenschlusses, daß Oesede und Alt-Gmhütte einige Jahre zum Vorteil der Randgemeinden offen mußten. Dafür behielten die Oeseder... den Sitz der Verwaltung und die Hütter ihren Namen (wobei viele erst jetzt merken, daß sie sich dafür nichts kaufen können)."

Stadt im Werden Nr.47 vom Juni 1976:

Unter dem Titel "Gundsätze des Flächennutzungsplanes" werden als wichtigste Ziele u.a. genannt:
 "Um das Werden der Stadt, um das Zusammenwachsen der auseinanderliegenden Stadtteile zu ermöglichen, sind neue Straßenführungen zwischen den Ortsteilen nötig. Neben den bereits bestehenden Nord - Südverbindungen sind auch Ost-Westverbindungen im Stadtgebiet notwendig."

Kommentar: Hiermit sind sowohl der Stadtring, der über das Gelände von Bauer Gerding südlich des Schulzentrums und ebenfalls südlich der evangelischen Kirche zur Kasinoparkbrücke als auch die Umlegung der vonGalen Straße/ Unterbauerschaft/Auf der Masch gemeint. Tatsächlich, bald wie im Ruhrgebiet . . .

Stadt im Werden Nr. 72 vom Mai 1980 S.5:

Hier schreibt Ratsherr Friedrich Sieker: "Der CDU - Fraktion ist die Sicherheit der Bürger und Schulkinder in Dröper ein Anliegen und wird alles dafür tun, den Übergang der K 331 bei Heuer zu verbessern".

Kommentar: Die Bürger warten ... (siehe auch unseren Bericht dazu)

Stadt im Werden Nr. 73 vom Juni 1980:

Ratsherr Heinz Lunte schreibt: "Der Radweg nach Kloster Oesede ist eine Notwendigkeit in dieser Wahlperiode. Das erste Gespräch mit Grundstückseigentümern verlief sehr positiv"

Kommentar: So, so! Nachdem der Radweg schon Wahlschlager der CDU von 1972 und 1976 war, war also 1980 wenigstens schon das 1. Gespräch gewesen!

Kommentar eines Anliegers: Dat kümp olle Joare wihe, wenn Wahl is, jüst wie dat Kristkindken !

Stadt im Werden Nr. 73 vom Juni 1980:

Über die Wasserkatastrophe im Hakeneschfeld: "Mit großem Bedauern, ja mit Entsetzen, haben CDU - Fraktion und CDU - Stadtverband die Folgen der hohen Niederschläge im Hakeneschfeld und im Malberger Gebiet in Augenschein genommen. Mögliche Fehler in Planung oder Durchführung müssen untersucht werden."

Kommentar: Sollten die Fehler nicht auch berichtigt werden? - Anscheinend nicht. Denn: Nachdem die Kläranlage mit ihrer Ausrichtung auf 40000 Einwohner zu klein geworden ist (Einwohnerstand 32000, Belastung durch den Milchhof: 8000 Einwohnergleichwerte), wird munter weitergebaut, ohne daß die Kläranlage in den nächsten Jahren werden kann. Das Leben in und an der Düte hat das Nachsehen!

Stadt im Werden vom November 1980:

Zur Bauplanung in Gmhütte schreibt Ratsherr Th. mann:

"Vor allem fehlen uns Bauplätze zu Preisen, die auch für junge Familien ein Bauen ermöglichen, ohne daß ein lebenslängliches Mitarbeiten der Hausfrau und Mutter erforderlich ist."

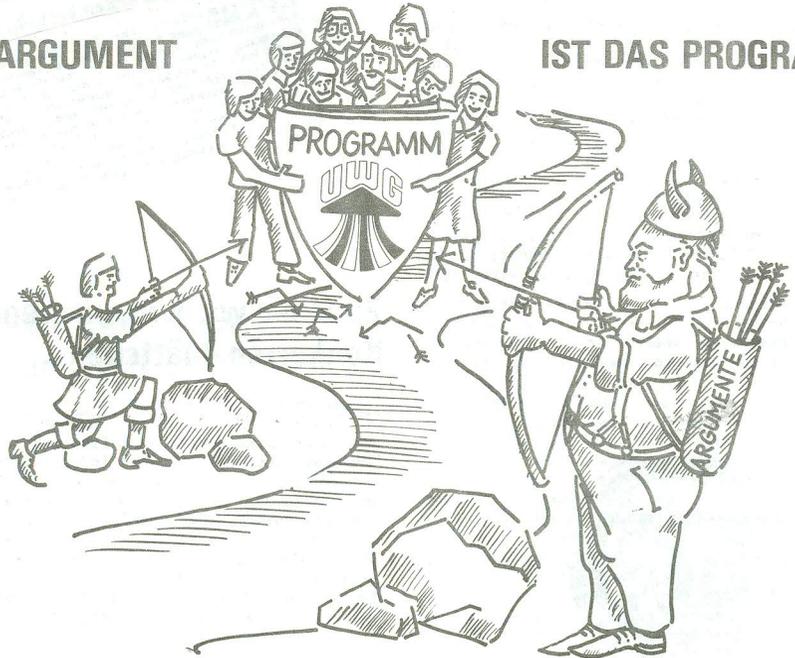
Kommentar: Leider hat Herr Elixmann recht. Wer kann schon Bodenpreise von 145 DM aufwärts (wie sie am Teckelhof liegen werden) bezahlen?

Frage: Nach dem Willen der CDU soll der Teckelhof von dem "gemeinnützigen" Stephanswerk, das nach eigener Auskunft unseren Bürgermeister als "Hausanwalt" hat, erschlossen werden. Den Boden hat es zum Quadratmeterpreis von 20 DM gekauft. Die Erschließungskosten betragen 35 DM, insgesamt also 55. Wenn der Endverkaufspreis 145 DM ist, was geschieht dann mit den übrigen 90 DM?

Bereichert sich hier jemand auf Kosten der jungen und sozial schwächeren Familien?

UNSER ARGUMENT

IST DAS PROGRAMM



Dies und das...

"nicht dazu gesagt ..."

Vertreter von CDU/Verwaltung/SPD erklärten mehrfach, als Fernziel wünsche man sich in Gmhütte etwa 40000 Einwohner. Die UWG fragt: Wo sollen die dafür notwendigen Neubaugrundstücke ausgewiesen werden? Die UWG fordert eine Neubaupolitik, die sich in erster Linie nach den Bedürfnissen der Gmhütter Bürger ausrichtet, auch der finanziell nicht so gut gestellten.

"Tausendachthundert auf einen Kopf?"

In der letzten Ausgabe von "Stadt im Werden" schrieb Bürgermeister Siepelmeyer, die Pro-Kopf-Verschuldung sei in den letzten 5 Jahren in Gmhütte von 1908 auf 1803 DM gesenkt worden.

Ein Anruf bei der Stadtverwaltung gab folgende Werte:

Zeit	Einwohner	Gesamtschuld	Pro-Kopf-Schuld
31.12.1972	29671	32.658.745 DM	1100,69 DM
31.12.1976	30156	49.811.783 DM	1651,80 DM
31.12.1980	32437	52.529.583 DM	1619,43 DM

Nach Auskunft der Verwaltung hat die Stadt also noch 200 DM Schulden weniger. Wir stellen also fest, daß zwar die Pro-Kopf-Verschuldung etwas geringer wurde, weil die Einwohnerzahl stieg; die Gesamtverschuldung unserer Stadt nahm aber um 2,7 Mill. DM = 5% zu. Vergleicht man aber die heutige Pro-Kopf - Verschuldung mit den Stand zur Zeit der Stadtgründung, so wird erkennbar, daß jeder Gmhütter Bürger durch die Politik der CDU um 500 DM, d.h. etwa um ein Drittel mehr "in die Kreide geraten ist".

Eine gute Bilanz?

"Das war wohl nichts ..."

Am 21.1.1981 gründete sich in Gmhütte auch ein Ortsverband der FDP. Nach Meldung der NOZ sollten Glaubwürdigkeit, Fairneß und Bürgernähe seine wichtigsten Anliegen sein. Seit ihrer Gründung sind die freien Demokraten dem Bürger allerdings nicht mehr "nahe" gekommen ...

Ergebnisse der letzten Stadtratswahl von 1976

Wahlberechtigte:	20501
Abgegebene Stimmen:	19445
Gültige Stimmen:	19095
CDU:	10697 Stimmen = 56,02 %
SPD:	7950 Stimmen = 41,63 %
FDP:	448 Stimmen = 2,34 %

Die UWG meint: Absolute Mehrheiten machen übermütig ! Darum: Helfen Sie mit, absolute Mehrheiten zu verhindern. Wählen Sie diesmal U W G .

"Kinnners, Kinnners, Kinnners ..."

Auf einer Bürgerversammlung am 21.2.1974 (in Worten: neunzehnhundertvierundsiebzig) versprachen Vertreter von CDU und SPD den Gmhütter Bürgern, ein Grundstück an der Kirchstraße für einen Kinderspielplatz auszuweisen (vgl. NOZ vom 21.2.74). Diesen Dauerbrenner hat die SPD in ihrem neuen Wahlprogramm wieder aufgewärmt. Die Kinder, für die der Platz damals gedacht war, können den Platz allerdings heute schon selbst bauen ...



Planungen an der Hindenburgstraße

Seit über 6 Jahren versprechen CDU/SPD eine attraktivere Gestaltung der Hindenburgstraße. So auch wieder vor dieser Wahl. Man sah hier zwar vor einigen Tagen einen einsamen Bauwagen, aber es wurde nur etwas Teer und Split gebracht. Ein kleiner Trost bleibt den Alt-Gmhütern aber: Eine Brunnenanlage, die von einem bekannten Bauunternehmer gestiftet und zunächst für Oesede vorgesehen war, soll noch vor der Wahl im Garten der Herz - Jesu Gemeinde eingeweiht werden. Noch eine Frage bewegt die Gmhütter Gemüter: Was passiert mit den Eichen und Rotbuchen?



HINDENBURGSTRASSE

Kurzinformation zur Wahl:

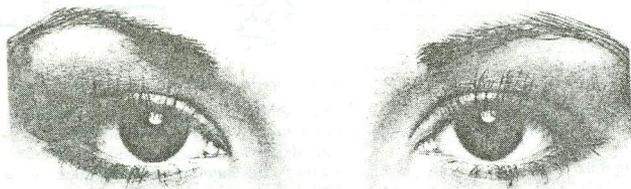
Neues Wahlsystem

Statt des bisherigen Wahlsystems gelten bei der kommenden Stadtrats- und Kreistagswahl andere Bestimmungen: Jeder Wähler hat drei Stimmen, d.h. er kann 3 Kreuze machen. Die Kreuze können nur bestimmten Parteikandidaten gegeben werden, nicht einer gesamten Partei. Der Wähler kann alle drei Stimmen einem Kandidaten einer Partei, verschiedenen Kandidaten einer einzigen Partei oder auch verschiedenen Kandidaten verschiedener Parteien geben.

Was bedeutet dies?

1. Dies Wahlsystem unterstützt unzufriedene oder unsichere Wähler, da sie entgegen ihrem bisherigen Wahlverhalten auch einer neuen Partei eine oder 2 Stimmen abgeben können.
2. Dies Wahlsystem unterstützt die kleinen Parteien. Es gibt keine 5% - Klausel. Mit etwa 2,5% der Stimmen ist schon der erste Kandidat gewählt. Außerdem gibt auch das neue Auszählungssystem den kleinen Parteien Vorteile.
3. Ratsherren, die bislang mit wenig direkten Stimmen über die Parteiliste gewählt worden sind, gibt es künftig nicht mehr. Es zählt bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen künftig nur, wieviel ein Bewerber selbst bekommt. Der Wähler kann also Ratsherren, die sich nach seiner Meinung nicht bewährt haben, durch Stimmverweigerung eine weitere Ratsmitgliedschaft verunmöglichen.

Durch das neue Wahlsystem ist also auch die UWG im Vorteil. Es ist also keine Stimme für die UWG o-
ren!



Ein Auge für das rechte Maß



...deshalb „3x ja“ für die

Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte